

Die Linke Berlin Mitte: Sozialistisch, antifaschistisch, antimilitaristisch und breit verankert in den Kiezen

Die gegenwärtige Weltordnung befindet sich in einer vielfachen Krise des (neoliberalen) Kapitalismus. Gleichzeitig führt die kapitalistische Produktionsweise zu einer beschleunigten Klimakatastrophe sowie einer Krise der bürgerlichen Demokratie. Dies geschieht vor dem Hintergrund wachsender sozialer Ungleichheit und tektonischen Verschiebungen in der Weltordnung, die in Kriegen, internationaler Blockbildung und starken Migrationsbewegungen münden.

Das hat Auswirkungen auch in Deutschland, beispielsweise auf das politische System und die Verteilung zwischen arm und reich. Deutschland beteiligt sich durch Sanktionen und Waffenlieferungen am Krieg in der Ukraine und am Krieg Israels in Gaza, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung leidet. 100 Milliarden Euro Sondervermögen und eine zusätzliche Aufstockung des regulären Rüstungsetats sind vorgesehen. Das Kapital soll durch das so genannte „Wachstumschancengesetz“ um Milliarden entlastet werden. Gekürzt wird bei den Ärmsten, der Daseinsfürsorge und bei Investitionen in die Zukunft: d. h. weniger Geld für den sozial- und klimagerechten Wandel der Wirtschaft, weniger Zuschüsse bei der Rente, Sanktionen beim Bürgergeld. Und all das begleitet von ausgrenzenden Debatten. Der CO₂-Preis auf Heizöl, Gas und Sprit steigt und die Mehrwertsteuerreduktion für Gas wird zurückgenommen. Die Kosten für die steigenden Energiepreise werden vollständig auf die Bürger*innen umgewälzt. Die Ampel kürzt die Bundesrepublik in die Rezession und befeuert damit die Umverteilung von unten nach oben. Dagegen formiert sich Protest, ein Ausdruck davon sind die zahlreichen Arbeitskämpfe der vergangenen Monate.

Die Reaktion aller Parteien außer der Linken auf diese anstehenden Verteilungskonflikte ist das Treten nach unten, auf sozial Ausgegrenzte, Rentner*innen, Kinder, Jugendliche und Geflüchtete. Gesellschaftlich gibt es einen Rechtsruck. Das sogenannte „progressive“ Lager aus Grünen und SPD setzt auf Härte gegen Geflüchtete, auf Abschottung an den europäischen Grenzen und mit „Bezahlkarten“ auf Schikane derjenigen, die vor Krieg und Armut fliehen müssen. Die AfD hat sich in ihren Zustimmungswerten verdoppelt und droht bei den anstehenden Landtagswahlen stärkste Kraft zu werden. Die Krise der bürgerlichen Demokratie und des Kapitalismus in der BRD führt zu einem Vertrauensverlust in etablierte politische Kräfte und eine Umstrukturierung des Parteiensystems. Neben der erfolgreichen Inszenierung der AfD als Anti-Establishment-Partei gibt es eine Reihe von Neugründungen wie der Werteunion oder das Bündnis Sahra Wagenknecht. Auch wenn es in den vergangenen Wochen starke Demonstrationen gegen rechts gab, müssen wir feststellen, dass die gesellschaftliche Linke weit über die Partei Die Linke hinaus fundamental geschwächt ist.

Die Linke muss dem Rechtsruck eine antifaschistische und auf Humanität, Solidarität und Frieden ausgerichtete Politik entgegensetzen. Das heißt der Einsatz für eine Beendigung von Sanktionen, einen Stopp von Waffenlieferungen und den Abzug der Fregatte "Hessen" aus dem Roten Meer.

Antifaschismus bedeutet auch zu benennen, welche gesellschaftlichen Kräfte dem Faschismus den Boden bereiten. Die Linke muss dafür die Alltagsprobleme der Menschen mit einer Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus verbinden. Der Politik im Interesse des Kapitals von Ampel, CDU und AfD setzen wir eine sozialistische Politik entgegen. Das Fehlen prinzipieller Kritik an Grünen und SPD ausgehend von einem klaren sozialistischen Standpunkt durch unsere Partei und die Ausrichtung auf nicht vorhandene "progressive Mehrheiten" hat zum Erfolg der Inszenierung der AfD als Anti-Establishment-Partei beigetragen. Es gibt eine Reihe von Neugründungen wie die Werteunion oder das Bündnis Sahra Wagenknecht. Das bedingungslose Anstreben einer Koalition mit SPD und Grünen, während gleich-

zeitig zentrale Themen der Linken wie die Enteignung der großen Wohnungskonzerne, ein Stopp von Waffenexporten usw. zurückgestellt werden, ist für eine sozialistische Partei schädlich. Durch Umverteilung und Vergesellschaftung verbessern wir die öffentliche Daseinsvorsorge. Dazu gehört der Kampf gegen steigende Mieten und für kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. Und zusammen mit Gewerkschaften und Bewegungen stärken wir die Solidarität unter den Lohnabhängigen.

In Umfragen steht Die Linke derzeit bundesweit bei durchschnittlich 3 Prozent. Ein deutliches Zeichen dafür, dass wir etwas ändern müssen. Doch gleichzeitig sind seit Anfang Oktober 2023 um die 4 500 neue Mitglieder der Linken beigetreten, die der Schwächung der gesellschaftlichen Linken und der Partei nicht weiter zusehen wollen. Auch Die Linke in Berlin Mitte hat in den letzten sechs Monaten mehr als 200 Mitglieder dazugewonnen. Die Linke Berlin Mitte freut sich über jedes neue Mitglied, das mit uns für eine bessere Gesellschaft kämpfen will. Wir heißen jede*n Einzelne*n in unserer Partei willkommen. Zu diesem Zweck werden wir niedrigschwellige, zu den Interessen der Mitglieder passende Angebote zum Mitmachen und zur politischen Bildung unterbreiten.

Diese neuen Eintritte sollen uns aber nicht über die Austritte der vergangenen Jahre hinwegtäuschen. Um Die Linke bundesweit zu stärken, reicht der regionale Neumitgliederschwung nicht aus. Daher wollen wir in diesem Wahljahr, das nicht nur die Europa- sondern auch die Landtags- und Kommunalwahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg umfasst, auch die Genoss*innen in den ostdeutschen Flächenländern unterstützen. Es ist unser aller Aufgabe in unseren Basisorganisationen um Unterstützung für den Wahlkampf im Osten zu werben und für ihn zu mobilisieren.

Hinter uns liegt ein erfolgreicher Kampf im Einsatz gegen die Kürzungen in der Kinder- und Jugendsozialarbeit. Gemeinsam mit Genoss*innen in der BVV und unserem Bezirksstadtrat haben wir uns entschlossen für den Erhalt von sämtlichen Einrichtungen eingesetzt. Rückblickend freuen wir uns zu sehen, dass sich unsere Bemühungen ausgezahlt haben, denn soziale Einrichtungen und ihre Arbeit geben vielen Kindern und Jugendlichen, und damit den Wähler*innen von morgen, in Mitte eine Perspektive. Um uns in unserem Bezirk besser zu verankern und leichter im Alltag sicht- und ansprechbar zu sein, werden wir unsere kostenlose Sozial-, Miet- und Rechtsberatungen bewerben und ausbauen und unsere Bezirkszeitung „Mittendrin“ breiter verteilen. Wir werden niedrigschwellige Veranstaltungen für Menschen unterschiedlichster Herkunft organisieren (und mehrsprachig bewerben): Musik-, Film- und Sportveranstaltungen, Lesungen, Sommerfeste, aber auch beispielsweise gemeinsames Fastenbrechen zum Ramadan und natürlich politische Diskussionen zu den drängenden Problemen des Alltags und zu relevanten Themen. Gemeinsam setzen wir uns für einen diversen und lebhaften Bezirk ein, in dem Menschen nicht ausgegrenzt, sondern inkludiert werden. In Mitte hat Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung keinen Platz.

Um den vielen Asylrechtsverschärfungen und der oft rassistischen Migrationsdebatte auf lokaler Ebene etwas entgegenzusetzen, werden wir uns im Bezirk weiterhin für konkrete Anliegen von Migrant*innen stark machen und stärker versuchen, den Bezirksverband für People of Colour attraktiv zu machen. Im Rahmen dessen werden wir uns unter anderem für sichere und menschenwürdige Wohn- und Lebensbedingungen von Geflüchteten, für die Unterstützung migrantischer Selbstorganisationen, für Weiterbildungen zu den Themen Rassismus und Kolonialismus und für die Aufarbeitung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt einsetzen.

Gemeinsam werden wir Demos besuchen und (mit)organisieren — gegen Krieg wie in der Ukraine und in Gaza, gegen Faschismus, Rassismus und die AfD, für gute Arbeitsbedingungen, für Feminismus und soziale Infrastruktur und Vergesellschaftung. Darüber hinaus werden wir mit unseren Genoss*innen in der BVV-Fraktion und im Abgeordnetenhaus die Zu-

sammenarbeit mit Nachbarschaftsinitiativen, Gewerkschaften und relevanten Akteuren in den Kiezen ausbauen.

Unser Ziel bleibt es „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx). Dazu braucht es Die Linke und dazu braucht es in unserem Bezirk Die Linke Berlin Mitte: als sozialistische, antifaschistische, antimilitaristische und breit in den Kiezen verankerte Kraft.